

Wossifche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665. Fernverkehr: Dönhoff 3666—3698. Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3.90 M. (einschl. 70 Pf. Zustellungskosten oder 1.24 M. Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellegeit

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Kleine Verbandsmitteilung für Aufnahme in eine bezogene Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anzeige 15 Pf.] · Nr 520 SONNABEND, 29. OKTOBER 1932 ABEND-AUSGABE

Miliz?

Während die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf die schweren Entscheidungen der Innenpolitik abgelenkt ist, geht das große Spiel der Weltpolitik weiter, in dem wir uns mit der Rolle des kritischen Zuschauer begnügen. Die französische Politik befreit die Kunst, von der großen Bühne des Welttheaters auf die Massen zu wirken. Scharifs Bekanntheit des neuen Militärplanes läßt die Welt aufhorchen.

Das System der Miliz bedeutet Bekanntheit zur Landesverteidigung, nicht zum Angriff, und ermöglicht demgemäß die Durchführung der qualitativen Abrüstung. Dieses Element des Planes muß unterstrichen werden, die quantitative Steigern des Einzelheites gegenüber den Willen zu positiver Rüstungsbeschränkung in Zweifel zieht.

Vom militärischen Standpunkt ist für Deutschland sehr ernste Einwendungen berechtigt. Eine Auslösung der Reichswehr und ihre Ersetzung durch eine Miliz würde Deutschland auf mindestens ein Jahrzehnt in seine Verteidigungsfähigkeit schwächen, weil die seit Kriegsende waffenfähig gewordene Jugend militärisch unangebildet ist und der alte Stamm der Kriegsteilnehmer wohl nach Erfahrung und gutem Willen, aber nicht mehr die physische Kraft zur Landesverteidigung hat. An die Stelle einer Auslösung der Reichswehr könnte daher nur die allmähliche Umbau in eine Miliz treten. Die Ausnahme der Soldatentruppen, die einen sehr erheblichen Bestandteil der französischen Armee darstellen, entfällt gewiß den besonderen Erfordernissen des Kolonialkrieges, Höchsten aber auch ihre Verwendung bei europäischen Verteidigungen ein und verschiebt das bis Kräfteverhältnis zugunsten von Frankreich. Vor allem aber ist eine genaue Definition des Milizplanes notwendig.

Wenn man die französische Cheje der Sicherheit durch eine rein defensive Militärorganisation international akzeptiert, so muß der Umfang der deutschen Miliz auch der Gefährdung unserer Interessen so schwer zu verteidigenden Grenzen Rechnung tragen und auf dem Prinzip der allgemeinen Verpflichtung aufgedeut sein.

Vom politischen Standpunkt zeigt der französische Plan eine verhängnisvolle Lücke, indem er eine nicht vorhandene Staat der europäischen Weltmacht unterstellt. Das französische Projekt der Kollektivarmee mit immer bewaffneten Kontingenten würde das System militärischer Bündnisse verwerfen, die immer eine Bedrohung des Friedens waren und sein werden. Darum jetzt jede internationale Militärorganisation die Vereinigung der Diktatoren vorkaus. Wenn Frankreich den Weltfrieden europäischer Völkerverbündung nicht, so darf es seine Verbündungen nicht auf das militärische Gebiet beschränken, sondern muß seinen hervorragenden Einfluß in den Dienst eines deutsch-polnischen Ausgleichs von Welt und Ozeanwelt stellen.

Bei der allgemeinen Beurteilung des französischen Planes darf die deutsche Kritik aber nicht übersehen, daß die heutige Organisation Europas mit explosiven Spannungen überladen ist, deren Zerringung auch dann zu begrüßen ist, wenn die Lösungen sehr weit von den großen Dämonen entfernt sind. Wir haben uns verpflichtet, seine Veränderung des Status quo im Osten mit Kriegserfassen Mitteln herbeizuführen. Aber gerade Frankreich, das für sich die hundertprozentige militärische und bündnispolitische Sicherheit beansprucht, muß verstehen, mit wie großer Sorge Deutschland nach Osten blickt. Genau wie Deutschland ist auch Polen davon überzeugt, daß der Korridor seine Endlösung vor der Geschichte sein kann. Solange Ostpreußen Bedrohung fortbauert, muß Deutschland die eigene Sicherheit allen anderen politischen Erwägungen überordnen.

Bei allen Einschränkungen und Bedenken muß festgehalten werden, daß Herrriet mit seiner getrigen Sammlung der deutschen Politik die Wiederaufnahme der Abrüstungsdiskussion sehr wesentlich erleichtert hat. Er hat nicht mehr den Abschnitt V des Versailles-Vertrages als Gegenargument gegen die heutige Forderung auf Gleichberechtigung erwidert; und wenn er immer noch von der deutschen Forderung auf Abrüstung sprach, so liegt es an Deutschland, dieses internationale Mißverständnis unabweisend und nachdrücklich zu beilegen. Vieles an der Rede des französischen Ministerpräsidenten erscheint unklar und widerspruchsvoll und bedarf sorgfältiger Klärung. Unter der Voraussetzung aber, daß die vorgelegten Kontrollen und Beschränkungen sich eben auf Frankreich wie auf Deutschland beziehen, kann der neue Plan zur Grundlage positiver Zusammenarbeit werden. Klar aber muß das Ziel bleiben: die große Aufgabe von Osnf heißt

nicht nur Organisation der Sicherheit, sondern effektive Abrüstung nach Quantität und Qualität.

Die deutsche Politik sollte sich noch entscheiden. Ihre Mitarbeit in Osnf ist notwendig, wenn sie nicht eines Tages vor die Alternative gestellt sein will, eine Abrüstungskonvention fremder Konvention und ohne Berücksichtigung der besonderen Lage Deutschlands anzunehmen oder aber sich in einer folgenlosigen Isolierung zu verstricken. Die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit hat die Weltkriege erwiehen. Diese Zusammenarbeit kann aber nur fruchtbar sein, wenn nicht das Gold zum Kriegsgeld und die Handelspolitik von

den Generalfürsten bestimmt wird. Ohne Fortschritte in Osnf sind auch Erfolge auf der Weltwirtschaftskonferenz nicht möglich. Wer wirtschaftliche Genesung will, muß auch die Abrüstung der Wehr wollen.

Deutschland will Frieden und Gleichberechtigung. Die Formel, die der französische Abgeordnete Pierre Cot geltend in der Kammer gefunden hat, können wir auch unterschreiben: „Es gibt eine Revision der Verträge, die auch mit abzelen, die Revision durch die Gewalt. Aber wir sind für eine Revision im Wege des Rechts.“ S. v. M.

Eiche auch Umfelte

Bracht und Popitz Reichsminister

Nach Otto Brauns Aussprache mit Hindenburg

Der Empfang des Preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun beim Reichspräsidenten ist vorüber. Er hat etwas mehr als eine Stunde gedauert. Kurz vor 12 Uhr fuhr Dr. Braun vor dem Reichstanzlerpalais vor, in dem Hindenburg vorübergehend Wohnung genommen hat. Wieder hatte sich in der Reichskleinfache eine größere Menschenmenge angesammelt, die den Ministerpräsidenten mit Kundgebungen der Sympathie begrüßte. Dem Empfang beim Reichspräsidenten wohnten Reichstanzler von Papen und Staatssekretär Dr. Meißner bei. Um 12 1/2 Uhr fuhr Braun in das Gebäude des Wohlfahrtsministeriums, um den in Berlin anwesenden preussischen Ministern über den Verlauf der Unterredung zu berichten. Anläßlich Communiqués von seiten des Reichs- und Preussischen Staatsministeriums über den Inhalt der Unterredung mit dem Reichspräsidenten werden in den Nachmittagsstunden ausgegeben werden. Vornem kann aber schon gesagt werden, daß sich praktisch nichts geändert hat. Die Reichsregierung wird noch heute neue Pläne über die „Verwaltungsreform“ in Preußen durchführen, die bereits fertig sind.

Nach heute wird die Ernennung des bisherigen stellvertretenden Reichskommissars und früheren Eisenbahndirektors Dr. Bracht sowie die des ehemaligen Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium Dr. Popitz zu Reichsministern ohne Portofolio erfolgen. Dr. Bracht wird als Reichsminister gleichzeitig Reichskommissar für das Preussische Innenministerium sein, Dr. Popitz die kommissarische Leitung des Preussischen Finanzministeriums erhalten. Mit der kommissarischen Leitung des Kultusministeriums wird der Greiswälder Universitätsprofessor Dr. Wilhelm Kaehler beauftragt werden, der bisher nur als Anhänger der Deutschnationalen hervorgerufen ist. Dr. Kaehler steht im 61. Lebensjahre.

Ebenfalls heute werden auch die kommissarischen Leiter der übrigen preussischen Ministerien ernannt werden. Reichs-

kommissar für das Landwirtschaftsministerium dürfte der Reichsernährungsminister Freiherr von Braun werden, zu kommissarischen Leitern der übrigen Ministerien sollen die gegenwärtigen Staatssekretäre ernannt werden.

Das Handelsministerium wird, wie bekannt, eine neue Reorganisation erhalten als „Ministerium für Wirtschaft und Arbeit“, das Wohlfahrtsministerium wird aufgelöst. Das wird durch eine Sparverordnung des Reichskommissars gesehen unter Berufung auf die vom Reichspräsidenten an die Länder erteilte Ermächtigung, Sparmaßnahmen zu treffen. Die Aufgaben des Wohlfahrtsministeriums werden auf das Innen-, Finanz- und Handelsministerium aufteilt werden. Eine Neuerteilung der Geschäfte wird auch insoweit erfolgen, als das gesamte Schulwesen einschließlich des Fachschulwesens dem Kultusministerium unterstellt wird.

Auch diese „Sparverordnung“ wird heute nachmittag herausgegeben werden.

Auch diese Maßnahmen sind nicht im Einkommen mit dem Preussischen Staatsministerium getroffen worden. Sie waren schon seit langem vorbereitet, sind in der getrigen Nachsichtung unter dem Vorbehalt des Reichstanzlers entgegnet beschlossen worden, nachdem dem Reichspräsidenten Vortrag gehalten worden war. Der heutige Empfang bei Hindenburg hatte mehr den Charakter einer Unterrichtung über vollendete Tatsachen vor ihrer öffentlichen Bekanntgabe.

Ueber jene Stellungnahme zu diesen Tatsachen berit das Preussische Staatsministerium zur Zeit. Innerhalb der Reichsregierung hat man den Wunsch, das Kabinett Braun möge das fait accompli hinhinnehmen, auf ein eigenes Sporntreten verzichten und, mit der Wahrung seiner Interessen“ den Ministerialdirektor Dr. Bracht beauftragen.

Es bleibt aber abzuwarten, zu welchen Beschüssen das Preussische Staatsministerium kommen wird.

Bayern protestiert offiziell

Kabinettsbeschluss wird Hindenburg zugeleitet

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MÜNCHEN, 29. OKTOBER

Anlich wird mitgeteilt: Dem Reichspräsidenten von Hindenburg wird folgender Beschluss des bayrischen Gesamtministeriums zur Kenntnis zugeleitet:

„Der Ministerrat hat sich (sehen auf Grund der ihm zugegangenen Mitteilungen) mit den Plänen der Reichsregierung wegen der Knechtung Preussens befaßt. Nach seiner Ueberzeugung enthalten die Pläne schwere Eingriffe in die verfassungsmäßige Stellung aller deutschen Länder gegenüber dem Reich und untereinander. Das Vergehen der Reichsregierung bildet eine schwere Entäußerung für alle, die im Vertrauen auf die Erklärungen der Reichsregierung damit gerechnet haben, daß eine Reichsreform nur auf gezieltem Wege und nur nach Verhandlungen mit den

Ländern eingeleitet werde. Der Ministerrat bittet daher den Herrn Reichspräsidenten, seine Entschloßung zu treffen, bevor er nicht mit den übrigen Ländern verhandelt worden ist.“

Auch Württemberg hat Bedenken

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

STUTTGART, 29. OKTOBER

In einer Erörterung der durch das Leipziger Urteil geschaffenen Lage zwischen Preußen und dem Reich erklärt das „Deutsche Volksblatt“, das Organ des württembergischen Staatspräsidenten, daß man sich in Berlin nicht über die Bittungen äußern möge, die eine grundlegende Änderung der Verhältnisse von Preußen und Reich auf die Länder auswirken würde, vollends dann, wenn dieser Schritt auf einem Wege getan würde, der mit dem Leipziger Urteil nicht vereinbar wäre. Aussichtslosigkeiten und Beschränkungen, die von Berlin aus in die Länder